

## **Faire Chancen für die Jungen in Wien**

NEOS versteht sich als Sprachrohr für die Jungen. Generationengerechtigkeit ist uns ein großes Anliegen.

Politik muss nachhaltig sein und so gemacht werden, dass auch die nachfolgenden Generationen davon profitieren können. Das bedeutet, dass für uns eine Politik, die Probleme in die Zukunft verschiebt, anstatt sie in der Gegenwart zu lösen, verantwortungslos ist. Deshalb stehen wir für eine enkelfitte Politik, die Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen übernimmt.

Dabei ist das Verständnis der Generationen füreinander wichtig. Uns geht es darum, dass Jung und Alt gemeinsam für eine Politik eintreten, die der nächsten Generation weder den Spielraum einengt noch den Atem raubt. Für Wien gibt NEOS das Versprechen ab, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit in einem stetigen Dialog der Generationen als leitendes Prinzip für unsere Arbeit zu haben. Dazu braucht es einen Paradigmenwechsel: Statt einer Politik, die kurzfristig scheinbare Lösungen bringt, brauchen wir eine, die auch in Wahljahren lieber auf Langstreckenerfolge setzt als auf Kurzstreckenrekorde. Im Sinne der nächsten Generationen muss in folgenden Bereichen dringend gehandelt werden:

### **Bildung**

Die Bildung unserer Jugend ist die einzige unendliche Ressource in dieser Stadt. Die beste Bildung und Ausbildung – vom Kindergarten an – sichert die Zukunft von Wien. Bildung bringt Innovation und Arbeitsplätze. Darüber hinaus sorgt sie bei den Menschen auch für die Kritikfähigkeit, die eine innovative Weltstadt braucht. Bildung bedeutet Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und Selbstbestimmung. Und nur die beste Bildung bringt Chancengerechtigkeit. Dabei soll die kommende Generation von den Erfahrungen bisheriger profitieren, ohne einen Weg vorgeschrieben zu bekommen.

Wien benötigt dringend eine Bildungswende. Das beginnt schon im Kindergarten – durch bessere Qualität und dem Verständnis, dass der Kindergarten die erste Bildungseinrichtung ist. Dazu braucht es kleinere Gruppen, ein besseres Betreuungsverhältnis zwischen Pädagogen\_innen und Kindern, eine Ausbildungsreform für Pädagogen\_innen, individuellere Bildungspläne und die grundlegende Einsicht, dass Kindergärten vorschulische Bildungseinrichtungen und nicht einfach nur Betreuungseinrichtungen sind.

Zudem braucht es freie Schulen ohne Schulgeld und parteipolitischen Einfluss. Erreicht werden kann das mit einer umfassenden Schulautonomie. Denn nur autonome Schulen sind frei von Parteienproporz und zentraler Gängelung. Die Pädagogen vor Ort wissen am besten, was an einem Schulstandort nötig ist. Nur so kann sichergestellt werden, dass jedes Kind mit all seinen Talenten, Neigungen und Begabungen bestmöglich gefördert und betreut wird.

### **Arbeitsplätze**

Individuelles Schaffen der Jungen braucht Raum: Arbeitsplätze, die die Möglichkeit zur Entfaltung bieten. Die stetig steigende Arbeitslosenrate im stark wachsenden

Wien ist angesichts der schwachen Konjunktur eine große Gefahr. Wien braucht kurzfristig stabilisierende Maßnahmen, um den Jobmotor wieder auf Touren zu bringen und mittelfristig eine Neuausrichtung der wirtschaftlichen Aktivitäten und Rahmenbedingungen. Langfristig braucht es eine Vision, um zu einer boomenden und vibrierende Stadt zu werden.

Junge Menschen sind am Arbeitsmarkt derzeit erheblich benachteiligt. Die steigende Jugendarbeitslosigkeit macht Angst – und das Angebot an betrieblichen Lehrstellen wird von Jahr zu Jahr kleiner. Die städtische Ausbildungsgarantie hilft den Betroffenen trotz der enorm hohen Kosten wenig. Die Folge: nur jeder dritte Lehrling gelangt zu einem Lehrabschluss. Den kleinen und mittleren Unternehmen wird zudem wenig Anreiz geboten, um Lehrlinge anzustellen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Nicht nur Jugendliche müssen fit für den Arbeitsmarkt sein. Auch der Arbeitsmarkt und das Wirtschaftssystem selbst müssen flexibel genug sein, um neue Generationen aufzunehmen. So braucht es dringend eine Arbeitszeitflexibilisierung um den Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig zu halten. Auf der anderen Seite schafft eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten neue Jobs.

Darüber hinaus muss der ständigen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) endlich ein Ende gesetzt werden. Die Stadtpolitik sollte ein offenes Ohr für die Unternehmer\_innen haben, anstatt Klassenkampf-Parolen auszugeben – wie etwa die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die die SPÖ Wien bei ihrem Parteitag beschlossen hat. Denn es sind die Unternehmen, die Jobs schaffen. Wenn aber Unternehmer\_innen ins Ausland abwandern, weil die Belastung durch Bürokratie, Steuern, Abgaben und Lohnkosten in Wien zu hoch ist, dann muss das ein Alarmsignal für die Politik sein. Wer Unternehmen vertreibt oder verhindert, vernichtet Wachstum und Jobs. Beides brauchen Alte wie Junge in Wien dringend. Wien braucht eine Entlastungsoffensive für KMU und Start-ups in Wien: Vor allem in der Bürokratie. Zusätzlich muss auch die Bundespolitik eingreifen und mit der Stadt Hand in Hand arbeiten, um in puncto Steuern und Gewerbeordnung Entlastungen für die Unternehmer\_innen zu schaffen. Wien selbst muss einen Schwerpunkt auf Start-ups setzen. Start-up City heißt enge Verschränkung mit den Universitäten, Zugang zu Risikokapital, die Sicherung von Gewerbe- und Industrie-Flächen und „Made in Vienna“ als neues Qualitäts-Label für Kreativbetriebe der „Neuen Wiener Werkstätte“ samt geeigneten Flächen und neuen Quartieren wie die Stadtbahnbögen Spittelau. Die alten Stadtbahnbögen dort wollen wir wiederbeleben, mit Künstler\_innenateliers, einem Jugendkulturzentrum, Lokalen und einem „Made in Vienna“ Hub.

## **Pensionen**

In keinem anderen Bundesland, auch nicht im Bund, gehen Beamte so früh in Pension wie in Wien. Auf entsprechende Kritik des Rechnungshofes (RH) reagiert die Stadt aber nicht. Laut Rechnungshof bräuchte eine raschere Anpassung an das Allgemeine Pensionssystem Einsparungen in Höhe von 130 Mio. Euro. In Wien werden aber Privilegien fast über eine ganze Generation fortgeführt. Auf Kosten der nächsten Generation. Deren Pensionen sind aber nicht gesichert – vor allem dann nicht, wenn sie keinen Job im geschützten Bereich der städtischen Verwaltung haben. Deswegen

ist die Kopplung des Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung unabdingbar – nur so kann Gerechtigkeit für alle Generationen hergestellt werden. NEOS fordert, dass die Pensionsprivilegien für Wiener Beamte noch vor dem Jahr 2042 auslaufen. Zusätzlich muss das durchschnittliche Pensionsantrittsalter bei Wiener Beamten rasch und deutlich steigen. Anstatt auf krankheitsbedingte Frühpensionierungen sollte die Stadt lieber auf gesundheitsfördernde Maßnahmen am Arbeitsplatz setzen. Drastisch gekürzt werden müssen auch die die Luxus- und Sonderpensionen im Einflussbereich der Stadt Wien. Als der Bund 2014 einen Einschnitt in Luxuspensionen beschlossen hat, haben einige Bundesländer angekündigt diese Begrenzung in ihrem Bereich nachzuvollziehen. Nur aus Wien kam eine sofortige Ablehnung. Aus NEOS Sicht ist die Begrenzung von Sonder- und Luxuspenstionsregelungen ein wichtiger Schritt zur mehr Fairness und ein klares Nein zu Privilegien.

### **Schulden**

Auch Wiens Finanzpolitik geht seit Jahrzehnten zu Lasten der Jungen. Die Schulden der Stadt sind zwischen 2007 und 2014 auf mehr als das Dreifache angestiegen. Der Gestaltungsspielraum für die Zukunft unserer Stadt ist kaum mehr vorhanden. Neue Arbeitsplätze sind im vergangenen Jahrzehnt überwiegend (60 %) im öffentlich finanzierten Bereich entstanden und immer seltener im privaten Sektor (40 %). Doch die steigende Arbeitslosigkeit zeigt ganz klar: Die Millionen-Investitionen der Stadt Wien und ihrer Unternehmen verpuffen – und der Wirtschaftsmotor steht still. Während die rot-grüne Stadtregierung weiter Schulden macht und dafür sogar den Stabilitätspakt aufweichen möchte, will NEOS im Interesse der Jungen eine Schuldenbremse in der Wiener Stadtverfassung verankern. Darüber hinaus braucht es dringend Transparenz: Wien muss eine echte Bilanz erstellen, die das gesamte Vermögen und die gesamten Schulden der Stadt umfassend auflistet und für jede\_n Bürger\_in leicht und verständlich darstellt. Schulden dürfen nicht mehr länger in ausgegliederten Unternehmen wie Wiener Wohnen, Wien Kanal oder den Stadtwerken versteckt werden. Daher ist es auch inakzeptabel, dass Wien in den Verhandlungen zum neuen einheitlichen Haushaltsrecht des Bundes, das künftig für alle Gebietskörperschaften gelten soll, ausgerechnet die Beteiligungen der Stadt nicht einbezogen haben möchte.

### **Freie Räume für die Jungen**

Der Alltag der Wiener Jugend ist geprägt von bürokratischen Regeln und unnötigen Verboten. Sei es eine spontane Party auf der Donauinsel, innovative Zwischennutzung eines leerstehenden Lokals oder Schanigärten und Streetfood. Verboten, nicht erwünscht oder bürokratisch unmöglich gemacht. Ohne Zugang zur Rathauspolitik und ausreichendes Kapital ist in Wien kaum etwas umsetzbar. Die Experimentierflächen und Möglichkeiten fehlen. Gerade hier müsste die Politik ansetzen, um Wien auch zu einer lebendigen und pulsierenden Stadt zu machen: Nur wer die Chance bekommt, seine Ideen auszuprobieren, auch zu scheitern und es besser zu machen, kann Innovation hervorbringen. Wien braucht die Genies von morgen schon heute.

## **Beteiligung der Jugend stärken**

Obwohl jede dritte Person in Wien unter 30 Jahre ist, werden Jugendliche politisch kaum gehört oder mitbedacht. So ist beispielsweise kein einziger Abgeordneter des Gemeinderates unter 30. Die Wahlbeteiligung von jungen Menschen ist deutlich unter dem Durchschnitt und die Vertretung der Jugendlichen in Wien funktioniert nur sehr mangelhaft. Eine starke politische Beteiligung von jungen Menschen ist jedoch essenziell für die Zukunft unserer Stadt, weshalb wir vielfältige Möglichkeiten zur Beteiligung von jungen Menschen schaffen wollen. Durch ein besseres Angebot an politische Bildung, eine Stärkung der Bezirksjugendparlamente und ernsthafte Partizipationsprojekte will NEOS junge Menschen wieder mehr für Politik begeistern und ihnen Gehör verschaffen.

## **Ideen**

Unsere Ideen für faire Chancen für die Jungen:

### **Bildung: Um Klassen bessere Schulen in Wien**

- Modellregion „Autonome Schule“ in Wien umsetzen
- Elementarpädagogik als wichtigsten Baustein für die Bildung - insbesondere der Sprachförderung - anerkennen und verstärkt in die Qualität investieren
- Parteibücher raus aus den Schulen – aus dem Stadtschulrat soll eine Bildungsagentur als Qualitätssicherungsstelle werden
- Freie Schulwahl ohne Schulgeld nach dem Prinzip „Das Geld folgt dem/der Schüler/in“ mit indexbasierter Finanzierung: „Brennpunktschulen“ bekommen mehr Geld
- Integration durch Bildung: Bildungsberatung für die Eltern an wichtigen Nahtstellen, mündige Schule und mittlere Reife für alle Schüler\_innen
- Bildungsdefizite werden an den Schulen gelöst, anstatt später im Arbeitsmarkt bzw. durch das AMS

### **Jugendarbeitslosigkeit als größtes soziales Problem bekämpfen**

- Eine Lehrstellenoffensive ist notwendig, um dem derzeitigen Angebotsrückgang entgegenzuwirken. Der betrieblichen Lehrausbildung muss der Vorrang gegenüber der überbetrieblichen eingeräumt werden.
- Die Ausbildung in der Berufsschule soll durch die Einführung eines modularen Systems flexibler und unternehmerfreundlicher gestaltet werden
- Senkung der Lohnnebenkosten für Lehrlinge durch den Entfall der Kommunalsteuer, des Dienstgeberbeitrags, des Beitrags zum FLAF sowie der Arbeitslosen- und Krankenversicherung unter Beibehaltung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld. Die Gebühren für die Meisterprüfung sollen auch nachgelagert bezahlt werden können.
- An allen Wiener Schulen sollte wirtschaftliches Grundverständnis gelehrt werden, um Jugendlichen Selbstständigkeit und Unternehmertum als Alternative aufzuzeigen

## **Junge Unternehmer\_innen fördern statt verhindern**

- Effektive Netzwerke und Begegnungsräume für Jungunternehmer\_innen (Hubs) sollen weiter ausgebaut und gefördert werden. Zusammenführung von Lehrlingen und Personen mit abgeschlossener Ausbildung in Hubs, um Spin Offs noch breiter zu ermöglichen
- One-Stop-Shop-Konzept für alle Themen rund ums Gewerbe (Genehmigungen, Gewerbeberechtigungen, Förderungen, Steuernummer und Firmenbucheintragung, etc.).
- Online Tracking für alle behördlichen Schriftstücke
- Maßgebliche Reduktion der Verwaltungstätigkeit auf Seiten der Unternehmer\_innen (Beauftragte, statistische Anforderungen, etc.).
- „Made in Vienna“ als Label und Quartier etwa bei den Stadtbahnbögen bei Spittelau

## **Pensionen auch für die nächste Generation**

- Umsetzung der Pensionsreform für alle Bediensteten der Gemeinde Wien und Beseitigung von Sonderrechten (Angleichung Beamt\_innenpensionen an Bundesregelung) und Abschaffung der Ausnahmen vom Sonderpensionenbegrenzungsgesetz
- Pensionszahlungen an geleistete Beiträge und Lebenserwartung koppeln und Anhebung des niedrigen faktischen Pensionsantrittsalters
- Im Stadtdienst soll die Lohnkurve für Beschäftigte zu Gunsten von jungen Arbeitnehmer\_innen abgeflacht werden, damit junge Menschen bei Berufseinstieg mehr verdienen
- Einführung eines Generationenchecks für alle Wiener Gesetze und Verordnungen, um die Auswirkungen auf zukünftige Generationen offenzulegen

## **Schulden abbauen – Spielräume schaffen**

- Schuldenbremse über den Konjunkturzyklus: Wien verpflichtet sich, ausgeglichen zu budgetieren und langfristig seine Schulden abzubauen
- Durch eine umfassende Verwaltungsreform unter Einbindung der Bürger\_innen wird die Stadtverwaltung effizienter geführt. Die Steuerung erfolgt mittels konkreter Zielvorgaben und Qualitätsstandards
- Besteuerungsrecht für Wien: wer Steuergeld ausgibt, muss auch für dessen Einhebung verantwortlich sein. Wien fordert den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern neu zu regeln (z.B. Aufteilung der KöSt zwischen Bund und Wien)
- Stärkung der freiwilligen Bürger\_innenpartizipation auch bei Projektfinanzierungen (z.B. Crowd Funding), um innovative Projekte und Ideen in der Stadt zu ermöglichen
- Schaffung eines Bürger\_innenhaushaltes auf Bezirks- und Gemeindeebene: Bürger\_innen können mitbestimmen, wofür öffentliche Mittel ausgegeben werden.

### **Beteiligung der Jugend als Ansage für eine offene Weltstadt**

- In allen Bezirken sollen einheitliche Bezirksjugendparlamente nach Schweizer Vorbild geschaffen werden, an denen Jugendliche bis 25 teilnehmen. Diese werden mit einem Budget sowie Rede- und Antragsrecht in den Bezirksparlamenten ausgestattet
- Auf Landesebene soll ein Landesjugendparlament geschaffen werden, das aus jeweils einem gewählten Mitglied der 23 Bezirksjugendparlamente besteht und die Vertretung der Interessen Jugendlicher gegenüber dem Landtag wahrnimmt (Mitsprache und Stellungnahmerecht für jugendspezifische Landesangelegenheiten)
- Um die Beteiligung von jungen Menschen zu erhöhen, soll verstärkt auf Online-Partizipation gesetzt werden. Die Beteiligung an Prozessen durch die Nutzung von Online-Informationsangeboten soll ermöglicht werden
- Beteiligung muss so früh wie möglich beginnen – bereits bei der Erstellung von Leitbildern und der Festlegung der Rahmenbedingungen von politischen Vorhaben. So werden Akzeptanz und Legitimation geschaffen und Ideen und Wissen aus der Bevölkerung genutzt

### **Freie Räume für die Jungen**

- Zumindest 8 Freiflächen der Stadt sollen für private, individuelle oder kollektive Open Air-Veranstaltungen unter Einhaltung von bestimmten Auflagen genutzt werden dürfen (z.B. Donaukanal, Heldenplatz, Donauinsel, Prater)
- Zumindest eine Freifläche pro Bezirk mit mindestens 600m<sup>2</sup> sollte für private, individuelle oder kollektive Open Air Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden. Diese Flächen werden zentral verwaltet (z.B. MA 36) und unterliegen nicht dem Wiener Veranstaltungsgesetz sondern haben eigene und unbürokratische Auflagen.